

außerordentlichen Plenartagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik:

„Wir schlagen also im Interesse der Annäherung von West- und Ostdeutschland, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland vor,

1. den innerdeutschen Handel zu entfalten,
2. die amerikanische Einmischung nicht mehr zu dulden.“

26. 8. 1953

Die Volkskammer wiederholt in einer Erklärung ihr Angebot an den Bundestag zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung:

„In Anknüpfung an ihr dem Bonner Parlament am 19. September 1952 durch ihre Delegation übermitteltes Angebot erklärt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sich bereit, gemeinsam mit dem Parlament der westdeutschen Bundesrepublik eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die die Vorbereitungen für die Abhaltung allgemeiner freier deutscher Wahlen sofort in Angriff nehmen soll.“

22.11. 1953

Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Bundesrepublik. Es wird vorgeschlagen, sich dem Ersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. November 1953 an die drei Westmächte anzuschließen, daß die Reparationszahlungen in beiden Teilen Deutschlands eingestellt und die Besatzungskosten auf 5 Prozent des Staatshaushaltes eingeschränkt werden:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß sich kein Deutscher durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden davon abhalten lassen darf, die nationalen Lebensrechte des deutschen Volkes gegenüber den Westmächten geltend zu machen, und wendet sich daher an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der Aufforderung, sich an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich mit der Bitte zu wenden, unverzüglich gleichartige Maßnahmen durchzuführen, wie sie die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken getroffen hat, und sich den auf Erreichung dieses Zieltes gerichteten Schritten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anzuschließen.“